

Den Haag beginnt den internationalen Handel mit CO₂-Emissionsrechten

Mit dem Ankauf von CO₂-Emissionszertifikaten im Ausland wollen die Niederlande den internationalen Markt anstoßen. Auch mit heimischen Waldzertifikaten sind sie der Kyoto-Ratifizierung voraus.

SUSANNE BERGIUS
HANDELSBLATT, 22.5.2001

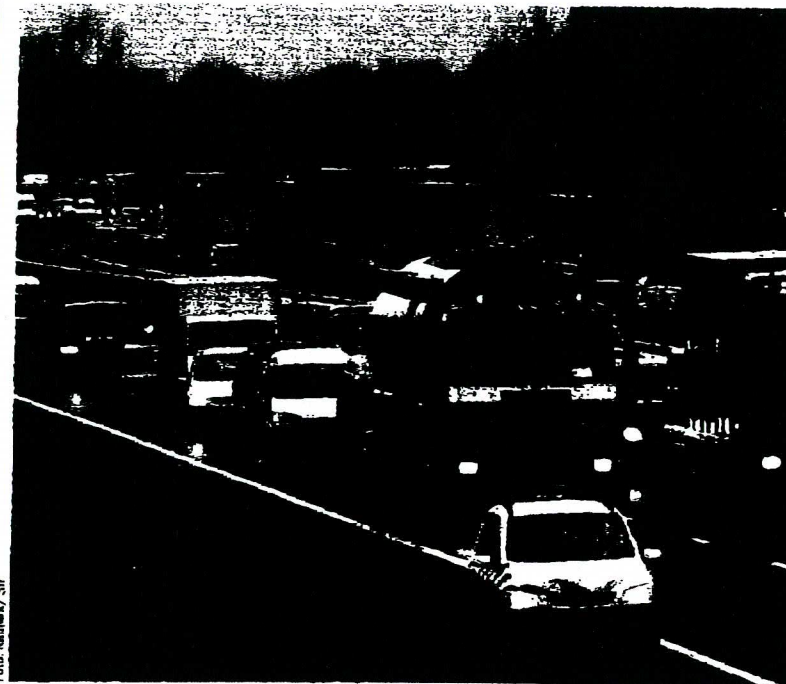
DEN HAAG. Um ihre internationalen Verpflichtungen aus dem Umweltprotokoll von Kyoto von 1997 zu erfüllen, beschreiten die Niederlande neue Wege zur Verringerung der CO₂-Emissionen. Das Land wartet nicht auf die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, sondern nutzt laut Regierungsangaben als erste Industrienation schon jetzt darin vereinbarte Möglichkeiten. Die Haager Regierung will damit auch die internationale Marktpreisbildung für den Kauf von Emissionsrechten anstoßen.

Nach dem Kyoto-Protokoll sollen die 84 Unterzeichnerstaaten den Ausstoß potenziell Klima-schädlicher Gase bis 2010 um 5,2 % unter das Niveau von 1990 senken. Sie sollen sich erkaufte CO₂-Verringerungen sowie Waldflächen anrechnen lassen können. Bis zur Ratifizierung ist es zwar noch ein langer Weg, zumal die neue US-Regierung das Protokoll ablehnt. In Den Haag fiel in den vergangenen Wochen trotzdem der Startschuss für konkrete CO₂-Projekte.

Die Niederlande haben sich in Kyoto verpflichtet, ihre Emissionen bis 2010 um 50 Mill. Tonnen zu senken. Da die Industrie den CO₂-Ausstoß trotz der Hochkonjunktur bereits stabilisiert hat, muss das Land die Emissionen nur um 6 % reduzieren. Den Haag will die Hälfte durch preisgünstigere Investitionen in emissionsarme Anlagen im Ausland erreichen, da weitere Energieeinsparungen im Inland sehr teuer

wären. Deshalb unterzeichnete Wirtschaftsministerin Annemarie Jorritsma Mitte April die ersten fünf Verträge, mit denen sie eine CO₂-Emissionssenkung von 4 Mill. Tonnen kaufte. Der Preis betrug 36 Mill. Euro. Zusammen mit lokalen Partnern errichtet der Stromkonzern Nuon einen Windpark in Polen und zwei Fernwärmeprojekte in Rumänien. Ein Konsortium baut in Tschechien Biomasse-Heizkessel. Die Harsa Engineering Company aus Chicago erstellt eine Kraft-Wärme-Zentrale in Rumänien. Die Firmen investieren zusammen 215 Mill. Euro. Die damit erzielte CO₂-Senkung wird den Niederlanden angerechnet.

Damit wollten die Niederlande den Aufbau eines weltweiten Emissionshandels und die Preisbildung stimulieren, sagte Barbara Brian von der Ministeriums-eigenen Agentur Senter. Dieses Programm namens „Erupt“ steht Unternehmen



Die stark industrialisierten und motorisierten Niederlande haben sich in Kyoto verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen bis 2010 um 50 Mill. Tonnen zu senken.

der ganzen Welt offen. Das ausländische Interesse sei groß, berichtete Brian. Im Spätherbst werde eine zweite Ausschreibung anlaufen. Es sei denkbar, dass Den Haag auf diesem Wege schrittweise eine CO₂-Verringerung von 25 Mill. Tonnen einkaufe. Der Bau der ersten Projekte muss Anfang 2002 begonnen haben. Sie müssen ihren Beitrag bis spätestens 2012 liefern, 2008 wird erstmals gemessen.

Neuland betrat Den Haag vergangene Woche überdies mit „Waldzertifikaten“. Die Niederlande wollen Unternehmen mit eigenem Wagenpark dazu bewegen, in Aufforstungsprojekte zu investieren, um ihre CO₂-Emissionen zu kompensieren. Das Projekt solle in Ergänzung der Politik zur CO₂-Minderung unvermeidbare Emissionen auffangen, erläuterte **Roelof Balk**, Direktor des zum Landwirtschaftsministerium gehörenden „Nationalen Grünfonds“. „Wir achten darauf, dass in-

teressierte Unternehmen auch die Energieeffizienz steigern“, sagte Balk. Der „Grünfonds“ schließt Verträge mit Waldbesitzern und Gemeinden. Diese verpflichten sich, neuen Wald anzulegen und nachhaltig für mindestens 50 Jahre zu bewirtschaften. Als erste schlossen der Automobilclub ANWB sowie die staatliche Forstbehörde Verträge mit dem Grünfonds. Sie investieren 125 000 Euro für 30 ha neuer Wald.

Ziel des mehrjährigen Projektes „Waldzertifikate“ ist, noch in diesem Jahr 400 ha Wald anzulegen, sagte Balk. Er soll auf Dauer 110 000 Tonnen an CO₂-Ausstoß kompensieren. Die Kosten betragen rund 4 Mill. Euro. Die Investoren zahlen eine Hälfte, der Staat begleicht über die Ökosteuer die andere Hälfte. Interesse zeigten Verbände und Unternehmen aus den Branchen Transport, Energie, Verpackung und Einzelhandel (Handelsblatt vom 22.2.2001).